

und in Zukunft für das Fachgebiet Sozialphilosophie auszuweisen“. Dem Universitätspräsidenten Turner war „spätestens zum Zeitpunkt dieses Ansinns bekannt, daß von politischer Seite ein Interesse bestand, Rohrmoser nach Baden-Württemberg zu holen“.

Noch ehe die Hohenheimer darlegen konnten, „daß die Möglichkeit einer Umwidmung auszuschließen ist“ und ein sozialphilosophischer Lehrstuhl nur „darüber hinaus . . . wünschenswert“ wäre, hatte der Stuttgarter Ministerrat — allen Sparappellen zum Trotz und bei fast gleichzeitiger Streichung von 1390 Stellen an den Südwest-Hochschulen — beschlossen, die Rohrmoser-Planstelle im Etat zu plazieren.

Die anschließende Ausschreibung des Lehrstuhls war „nicht viel weniger als eine Farce“ (so die Karlsruher „Badischen Neuesten Nachrichten“): Während der — wie im Hohenheimer Senat gerügt wurde — „bemerkenswert kurzen“ Bewerbungsfrist von zwei Wochen meldeten sich 60 Interessenten, unter ihnen Günter Rohrmoser mit einer bemerkenswert knappen Bewerbung. Der Hochschulsenat setzte ihn an die zweite Stelle der Berufungsliste.

Da sich das Kultusministerium offensichtlich nur für Rohrmoser interessierte, nahm es mit dem in Münster Lehrenden Berufungsverhandlungen auf. Erst später und ganz beiläufig teilten die Stuttgarter Ministerialen dem Universitätspräsidenten mit, daß der vom Senat favorisierte Frankfurter Professor Werner Becker keinerlei Aussicht habe. Als die Hohenheimer um Begründung für diesen Entscheid baten, kam die blinde Antwort: „Der Herr Kultusminister“ habe eben „von seinem Auswahlrecht . . . Gebrauch gemacht“.

Auch als der SPD-Landtagsabgeordnete Hans Beerstecher den Kultusminister aufforderte, den unnützen Lehrstuhl („In keinem einzigen der neuen Studienpläne ist das Fach Sozialphilosophie vorgesehen“) wieder zu streichen, blockte Hahn ab: „Ein solcher von Nützlichkeitsdenken bestimmter Beurteilungsmaßstab“, belehrte er, widerspreche „der kulturhistorischen Tradition, welcher unser Bildungsprinzip auch heute noch verpflichtet ist“.

Zugleich versuchten Regierungsvertreter den Eindruck zu erwecken, der Zuwachs gehe auf eine Uni-Initiative zurück. Als schließlich gar in einem Schreiben aus dem Hause Hahn der Satz: „dem war ein entsprechender Wunsch der Universität Hohenheim an das Kultusministerium vorausgegangen“ auftauchte, setzte sich Präsident Turner („Gibt den zeitlichen Ablauf nicht richtig wieder“) zur Wehr; eine Antwort auf seinen Brief ist das Ministerium bislang schuldig geblieben.

Während Rohrmoser die Unfreundlichkeiten aus Hohenheim gelassen er-

trägt, sieht er in den SPD-Anwürfen „die Aufforderung zum geistigen Terror“. Hilfe liegt nah. „Ganz elementare Schutzbedürfnisse“, so Rohrmoser, könnten den bisher Parteilosen „nun zum Eintritt in die CDU zwingen“.

AUSLÄNDER

Graue Wölfe

Mit Messern und Fäusten tragen Türken in der Bundesrepublik einen politischen Zwist aus. Die Behörden sehen gleichwohl keinen Anlaß, in die blutigen Händel einzugreifen.

Aus Verehrung für Bülent Ecevit, Führer der oppositionellen Republikanischen Volkspartei in der Türkei, hatte der Gastarbeiter Ali Askara über seinem Bett im Mannesmann-Wohnheim in Hilden ein Photo des sozialdemokratischen Politikers aufgehängt. Das Gesicht paßte einigen Mitbewohnern nicht, und sie forderten den Landsmann auf, „das Bild des Kommunisten“ zu entfernen.

Als Askara sich weigerte, zog einer ein Messer und stach den Ecevit-Fan in den Oberschenkel.

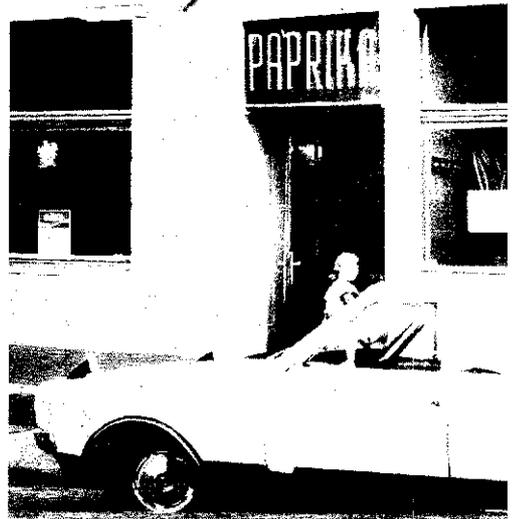
Für Osman Cetin, einen Metallarbeiter aus Duisburg, gehörte die liberale Zeitung „Milliyet“ zur bevorzugten Lektüre. Als er jedoch von Landsleuten an einer Bushaltestelle beim Lesen des demokratisch orientierten Blattes gesehen wurde, gab es Hiebe. Blutend, mit Beulen, blieb der „Milliyet“-Leser auf der Strecke.

Regelmäßig besuchte der Münsterner Gastarbeiter Abdul Manavlar* die Versammlungen des „Türkischen Arbeiter- und Studentenvereins Münster“. Doch der Gang zu den mit westdeut-

schon Gewerkschaften kooperierenden Genossen wurde ihm verleidet: „Wenn du da weiter hingehst“, so bekam er von Türken zu hören, „dann schlagen wir dich tot.“

Fußtritte und Faustschläge, Messerstiche und Drohungen sind gängige Waffen in einem Türken-Krieg, der in der Bundesrepublik ausgetragen wird und in dem es um politische Bekenntnisse geht: Anhänger der rechtsradikalen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) prügeln und knüppeln, wann immer ihnen links oder liberal scheinende Landsleute über den Weg laufen.

Ob in Duisburg, wo sich ein Ecevit-Anhänger sogar am Arbeitsplatz in der Kokerei 4/8 der August Thyssen-Hütte türkischer Rechtsausleger erwehren mußte, ob in Rüsselsheim, wo unlängst das Büro des Türkischen Arbeitervereins demoliert wurde — es gedeiht „nackter Terror“ (so der sozialdemokratische „Vorwärts“), durch den der türkische DGB-Sekretär Mete Atsu



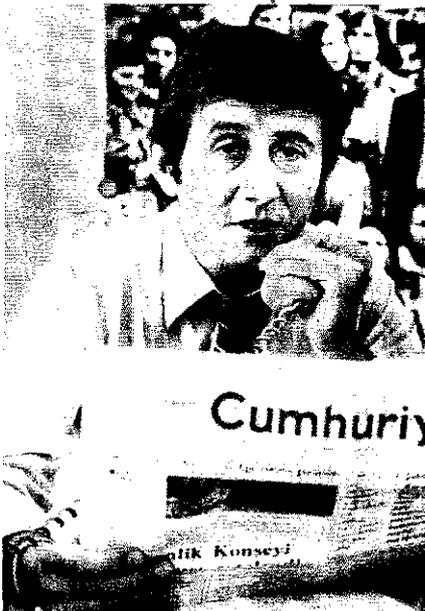
Türken-Treffpunkt in Gelsenkirchen
Schulung für Rechtsausleger

„alle unsere Bemühungen zur Integration türkischer Arbeitnehmer“ gefährdet sieht.

Teilnehmer eines Seminars in der Evangelischen Akademie Mülheim (Ruhr) appellierten in einer Petition an das Europäische Parlament, „sich für die Grundrechte der in der Bundesrepublik lebenden Türken“ einzusetzen. Der Juso-Bundesvorstand rief nach „geeigneten Schutzmaßnahmen“ für die türkischen Arbeitervereine.

Doch dazu sah Nordrhein-Westfalens FDP-Innenminister Burkhard Hirsch bislang ebensowenig Anlaß wie sein hessischer Amtskollege Hanns-Heinz Bielefeld — der mit der starken Frankfurter Türken-Kolonie zu schaffen hat. Wohl hat das Innenministerium des volkreichsten Bundeslandes, wo

* Die Namen der Gastarbeiter wurden von der Redaktion geändert.



Türkischer Gewerkschafter Atsu
Angst und Schrecken in Wohnheimen

Wenn diese Tablette nicht hilft, sollten Sie zum Arzt gehen.

Heftige Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Nervenschmerzen und Migräne gehören zu den unangenehmsten Schmerzen. Für solche Fälle ist die Doppel-Spalt entwickelt worden. Sie ist stark und beseitigt Schmerzen schnell. Denn ihr belebender und ihre schmerzabtötenden Wirkstoffe sind richtig dosiert und hervorragend kombiniert. In Minuten sind Sie Ihre Schmerzen los und spüren neue Energie.

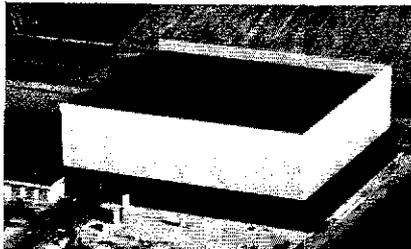
Doppel-Spalt in 20er- und 50er-Packung in allen Apotheken.



Doppel-Spalt
Gegen starke
Schmerzen

Erweiterungsbau mit
Zu- und Abluftanlage
Verzinkerei Groß-Rohrheim

**Gefordertes
Schalldämm-
Maß 39 dB**



wirtschaftlich realisiert mit
SIEBAU Dach- und Wandsystemen
SIEBAU hat wirtschaftliches Bauen zum System gemacht. Mit ausgereiften Systemen für Dächer, Wände und Decken.

Profitieren Sie von unseren Erfahrungen aus ungezählten Bauprojekten. Fordern Sie ausführliches Informationsmaterial an. Stichwort: Dach/Wand/Decke/Sp.



SIEBAU
SIEGENER STAHLBAUTEN GMBH
Postfach 182 · 5910 Kreuztal
Tel. (02 71) 802-1 · FS 08 72 829
Firmengruppe SIEGENER AG

153 800 Türken beschäftigt sind, von Anfang 1975 bis Mai 1976 156 „Fälle von Gewalttätigkeiten“ oder deren Androhung unter Türken registriert — mit hoher Wahrscheinlichkeit nur ein Bruchteil der wahren Deliktziffer. Aber politische Hintergründe konnten die Ministerialen nicht erkennen.

Was die Düsseldorfer und Wiesbadener nicht zu orten vermochten, ist für DGB-Boß Heinz-Oskar Vetter längst sichtbar: Öffentlich warnte er mit Blickrichtung auf die türkischen MHP-Aktivisten „ausländische Arbeitnehmer vor dem Austragen ihrer innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik“.

Der Türken-Terror ist in der Tat die deutsche Variante jener Gewaltpolitik, die der MHP in der Türkei zugeschrieben wird. Obwohl in der Nationalversammlung zu Ankara nur mit drei Abgeordneten vertreten, beteiligte Ministerpräsident Süleyman Demirel die MHP letztes Jahr an einer Regierung der „Nationalen Front“ und machte MHP-Führer Alparslan Türkeş zu einem seiner Stellvertreter. Seither läßt Türkeş seine etwa 8000 Mitglieder starke Jugendorganisation „Ülkücüler“ (Idealisten) marschieren.

In Ausbildungslagern paramilitärisch gedrillt, stürzen sich die Schwerebewaffneten (Schlachtruf: „Hier kommen Türkeş' Graue Wölfe“) auf ihre Gegner. Mal sind es Zionisten und Kommunisten, mal Freimaurer oder Anarchisten.

Vor „fremden Ideologien, die den türkischen Staat vernichten wollen“, glaubte Türkeş alsbald auch „unsere Rassenbrüder im Ausland“ schützen zu müssen. Vor allem die in Westdeutschland arbeitenden Landsleute — derzeit eine halbe Million — will er auf Kurs bringen: „Folgt mir. Wenn ich umkehre, erschießt mich. Erschießt auch den, der von meinem Weg abgeht.“

Binnen kurzem überzogen die strenggläubigen Türkeş-Anhänger das Bundesgebiet mit MHP-Filialen, nachdem die Faschistenpartei beim Ordnungsamt in Kempten angemeldet worden war — als scheinbar harmloser Verein. Staatssekretär Gerhardt Baum aus dem Bonner Innenministerium weiß von „sechs autonomen Sektionen in Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart“ und von fünfzig örtlichen Stützpunkten.

Längst übertreffen die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ auch die oft ebenfalls blutigen politischen Kontroversen unter jugoslawischen Gastarbeitern oder zwischen persischen Studenten und Aufpassern des Schahs. Der Parteiapparat, dirigiert von einem „Europarat“ und organisiert von regionalen Bezirksausschüssen, fand denn auch Türkeş' Beifall. Als der Parteichef im vergangenen Jahr zum MHP-Generalkongreß in Ludwigshafen kam, lobte er „Fleiß und Tatkraft“ seiner mittlerweile rund 2000 Fremdenlegionäre in Deutschland.

Die Türkeş-Aktivisten treffen sich regelmäßig zur Schulung, etwa im Geltenkirchener Lokal „Paprika“, und treten nach außen meist als Mitglieder von harmlosen religiösen Vereinigungen auf. Im „Islamischen Verein“ in Stuttgart beispielsweise oder im Frankfurter „Verein für den Bau und Unterhaltung der Fâtiḥ-Moschee“ wird jenes Bewußtsein gepflegt, das, so ein DGB-Funktionär aus Düsseldorf, „zu Terror, Gewalt und Totschlag“ führt.

Angefeuert werden die MHP-Leute von der in Frankfurt gedruckten rechtsradikalen Türken-Zeitung „Tercüman“ (Auflage: 65 000). Beistand bekommen sie von islamischen Vorbetern, die, wie ein Imam in Frankfurt, auch schon mal Gewalt predigen: „Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies.“



Radikale Türken-Zeitung
Bewußtsein für Gewalt

Für den Gewerkschafter Atsu ist es „kein Wunder, daß in Gastarbeiter-Wohnheimen Angst und Schrecken“ herrschen — zumal Hilfe nicht mal mehr vom Essener Generalkonsulat zu erwarten ist. Als unlängst zwei türkische Studenten vor dem Konsulatsgebäude antifaschistische Flugblätter verteilten, wurden sie von Konsulatsbeamten ins Gebäude gezerrt und dort, wie der Essener Rechtsanwalt Jürgen Glückert später in einer Strafanzeige formulierte, „regelrecht verprügelt“.

Kaum zu erwarten, daß es unter Westdeutschlands Türken künftig weniger handfest zugeht. Denn die MHP hat von den Behörden nur wenig zu fürchten: Staatssekretär Baum mag sie lediglich den ausländischen Vereinigungen zurechnen, „bei denen die Gefahr eines Überschreitens der Grenze zur Gewalt besteht“.